

Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen für eine zukunftsfähige Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz

**beschlossen auf der Regionaldelegiertenkonferenz
am 13. September 2008 in Ludwigshafen**



**in der Metropolregion Rhein-Neckar
www.gruene-rnd.de**

Kontakt:

Bündnis 90/Die Grünen Mannheim
Waldhofstraße 4
68169 Mannheim
Telefon 0621 / 22920
Telefax 0621 / 3367652
info@gruene-mannheim.de

Präambel: Die Region ist mehr als die Summe ihrer Teile

Die Europäische Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz ist heute ein wichtiger Standort für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in Deutschland. 2,4 Million Menschen leben und arbeiten im Großraum Mannheim/Ludwigshafen/Heidelberg/Pfalz/Odenwald. Die besondere Situation besteht darin, dass einerseits Wirtschaft und Gesellschaft in der Metropolregion von drei Ländergrenzen „durchschnitten“ werden, andererseits gerade in solch einem dicht besiedelten Raum gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie der demographische Wandel, die Zukunft der Energieversorgung, die Verkehrsentwicklung und der Klimawandel auf engstem Raum, verstärkt, untrennbar und länderübergreifend zutage treten.

Auch bei einem grundsätzlichen Einverständnis mit der föderalen Struktur in Deutschland stellt sich hier die Aufgabe einer regionalen, „transföderalen“ Zusammenarbeit zur Bewältigung der beschriebenen Zukunftsaufgaben. Die Wirtschaft schafft es am ehesten, die Grenzen in der Metropolregion zu überwinden - eine Fingerübung in der globalisierten Welt -, die Politik hinkt da viel weiter hinterher. Angefangen bei den öffentlichen Verwaltungen über die Schulsysteme bis zur Parteienlandschaft steht eine Vielzahl von Hürden einer schnellen und effizienten regionalen Kooperation im gesellschaftlichen Bereich im Wege.

Wir Grüne wollen, dass die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz nicht auf einen lukrativen Wirtschaftsraum reduziert wird. Wir Grünen wollen eine neue Identität unserer Region in Europa statt Kirchturmdenken. Wir wollen, dass die Chancen für regionale Lösungen gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen ausgelotet und genutzt werden, dabei kommunale Lösungen nicht an den Rand drängen und die unterschiedlichen Bedürfnisse in städtischen und ländlichen Räumen berücksichtigen. Wir wollen als politische Partei dazu beitragen, dass in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die regionale Zusammengehörigkeit angesichts epochaler Veränderungsprozesse entwickelt wird, und wir wollen Wege aus der föderalen Stagnation in der Metropolregion aufzeigen und beschreiten.

Wir Grüne wollen, dass unsere Region zum Vorbild wird für ein Europa der sozialen, ökologischen und weltoffenen Regionen.

Außerhalb der Region wird mit dem Begriff Metropolregion Rhein-Neckar oftmals nur der baden-württembergische Teil verbunden. Um dieses zu ändern und den länderübergreifenden Charakter der Metropolregion zu betonen, treten wir für die Umbenennung in Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz ein.

1. Durch Direktwahl die Metropolregion demokratisch gestalten

Die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz hat ein entscheidendes Demokratiedefizit: Die Bürgerinnen und Bürger können die politische Verbandsversammlung nicht direkt wählen. Das Parlament des Verbandes Region Rhein-Neckar aber entscheidet, welchen Weg die Region in der Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftsförderpolitik geht, sie entscheidet über den Regionalplan, das Fortschreiten des Flächenverbrauchs und vieles mehr. Die Verbandsmitglieder werden bisher aus den Landkreisen und aus den Städten mit mehr als 25.000 Einwohnerinnen und Einwohner entsandt. Landräte und (Ober-)Bürgermeisterinnen und -bürgermeister sind so genannte geborene Mitglieder und gehören dem Verband kraft ihres Amtes automatisch an. Das klingt eher nach einer mittelalterlichen Ständeversammlung denn nach einem modernen demokratischen Parlament. Und das hat auch Folgen: Die CDU ist stärker vertreten als es ihr nach den letzten Kommunalwahlen zusteht. Landräte, (Ober-)Bürgermeisterinnen und -bürgermeister sowie Dezernentinnen und Dezernenten dominieren die Versammlung. Der Frauenanteil liegt bei gerade mal zehn Prozent. Um den Frauenanteil in der Verbandsversammlung dem tatsächlichen Frauenanteil in der Metropolregion (über 50 Prozent) anzugleichen, werden wir uns dafür einsetzen, dass es eine paritätisch besetzte Verbandsversammlung geben wird.

Die Bürgerinnen und Bürger werden die regionale Zusammenarbeit künftig jedoch nur unterstützen und sich mit ihrer Region identifizieren, wenn sie das Regionalparlament direkt wählen und seine politische Zusammensetzung prägen können. Wir haben bereits 2005 bei der Gründung der Metropolregion die Direktwahl gefordert. Nicht einmal für die Kommunalwahlen 2009 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurden die Weichen richtig gestellt.

Mit der Verbandsversammlung entstand eine neue politische Handlungsebene zwischen Kommunal- und Landesparlament, deren Entscheidungen in allen Bereichen unmittelbaren oder mittelbaren Einfluss auf das Leben, die Erwerbsmöglichkeiten und die alltägliche Aufgabenbewältigung von 2,4 Millionen Menschen der Metropolregion haben. Über die Hälfte davon sind Frauen. Der Blick von Frauen auf die Regionalpolitik, ihre spezifischen Belange und Gestaltungsinteressen und der Wunsch, diese zur Geltung zu bringen, sollen in einem Frauennetzwerk zusammengeführt werden, das bei allen regionalpolitischen Entscheidungsprozessen einzubeziehen ist.

Wir fordern die Landtage in Mainz, Stuttgart und Wiesbaden auf, mit einer Änderung des Staatsvertrags den Weg zur Direktwahl freizumachen. Wir brauchen dringend ein politisches Parlament der Metropolregion, das die Bevölkerung in ihrer Vielfalt tatsächlich repräsentiert. Unsere Forderung nach einem Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer würde dafür sorgen, dass auch die in der Region lebenden Migranten und Migrantinnen angemessen repräsentiert wären.

Neben dem politischen Verband gibt es noch eine zweite Entscheidungsebene in der Region: den Verein „Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V.“ (ZMRN), hervorgegangen unter anderem aus der früheren Initiative „Rhein-Neckar-Dreieck“. Mit über 300 Mitgliedern, insbesondere aus der regionalen Wirtschaft und Wissenschaft, betreibt er zahlreiche Projekte wie „Paten“ und „Exzellenzen“ in der Region und finanziert diese vorrangig mit Spenden aus der regionalen Wirtschaft. Der ZMRN gibt inzwischen den Takt in der Region vor, den der politische Verband oft nur noch nachvollziehen kann. Wir begrüßen gesellschaftliches Engagement aus Wirtschaft und Wissenschaft, wollen es aber mit den politischen Gremien der Metropolregion stärker vernetzen. Das stärkt den kritischen Dialog und stellt sicher, dass letztlich das gewählte und damit legitimierte Gremium der Metropolregion über den Kurs entscheidet.

Die politische Metropolregion braucht schließlich eine unabhängige Führung. Die Übernahme des Verbandsvorsitzes durch amtierende (Ober-)Bürgermeisterinnen und -bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte von Mitglieds-Körperschaften hat sich nicht bewährt. Wir fordern daher, dass amtierende (Ober-)Bürgermeisterinnen -bürgermeister sowie Landrätinnen und

Landräte nicht mehr zu Verbandsvorsitzenden gewählt werden können. Ein entsprechendes Ausschlussprinzip muss festgeschrieben werden.

Jetzt muss die Demokratisierung der Metropolregion und ihrer Gremien erfolgen. Erst dann kann und soll über weitere Zuständigkeiten der Region bei der Erfüllung gemeinsamer öffentlicher Aufgaben nachgedacht und entschieden werden.

Wir wollen der direkten Bürgerbeteiligung auf allen Entscheidungsebenen in der Metropolregion mehr Gewicht verleihen.

2. Energie für die Zukunft: Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien

Energiepolitik ist Klimaschutzpolitik. Wer heute auf Kohle- und Atomstrom setzt, handelt unverantwortlich. Gesichert werden nicht Arbeitsplätze und Energie für die nächsten 50 Jahre. Gesichert werden CO₂-Ausstoß, eine veraltete Technologie mit hohem Risikopotential, die Gewinne der großen Stromkonzerne und steigende Strompreise.

Wir wollen die Region zu einer Modellregion beim Klimaschutz und zum Vorreiter bei erneuerbaren Energien machen. Wir setzen auf die drei großen E: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Das ist gut für das Klima und für die regionale Wirtschaft. Heute wird der Großteil des Energiebedarfes in die Region importiert. Damit fließt Geld aus der Region ab. Die drei E's dagegen erhalten Kaufkraft und Wertschöpfung in der Region. Insbesondere Handwerk und Mittelstand profitieren davon.

Wir fordern die Einhaltung des Atomkonsenses und die Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis und Philippsburg. Atomkraftwerke bergen hohe Risiken, die Endlagerung ist nicht gelöst, das atomare Erbe im Zwischenlager Obrigheim bleibt uns über Jahrzehnte erhalten. Weder beim Betrieb dieser Anlagen noch bei der Errichtung von Atommüll-Zwischenlagern wie jetzt in Obrigheim darf es einen Sicherheitsrabatt geben.

Wir sehen keine Lösung im Bau neuer Kohlekraftwerke: nicht in Mannheim, nicht in Germersheim und auch nicht bei Südzucker in Offstein. Der CO₂-Ausstoß, auch moderner Kohlekraftwerke, trägt zur Schädigung des globalen Klimas bei und verstärkt den Klimawandel. Bereits jetzt gehen die meisten Wissenschaftler davon aus, dass die Zahl der Hitzetage in den nächsten Jahren überdurchschnittlich zunehmen wird.

Die Landkreise Bergstraße, Germersheim, Bad Dürkheim und Neckar-Odenwald haben mit ihrer Solarwette den Anfang bei der Energiewende gemacht. Dabei darf es nicht bleiben: Die Energiewende muss für die ganze Region eingeleitet werden. Das heißt auch, dass die Klimaschutzpolitik auf die Bereiche Wärme und Verkehr ausgedehnt werden muss. Deshalb fordern wir eine regionale Energieagentur, die Energie- und Wärmemanagement betreibt und Know How zwischen den Kommunen austauscht. Die bestehenden kommunalen Energieagenturen sind in einer regionalen Agentur zusammenzuführen.

Energie sparen

Die öffentliche Verwaltung ebenso wie Wohnungsbaugesellschaften in kommunalem Besitz müssen eine Vorreiterrolle bei der energetischen Sanierung mit Wärmedämmung und Wärmeschutzverglasung einnehmen. Damit lässt sich der Wärmeenergiebedarf um 60 Prozent und mehr senken. Positiver Nebeneffekt: Die Betriebskosten sinken ebenso massiv und entlasten die Verwaltungshaushalte. Und nicht zuletzt wird das Handwerk gestärkt. Zur Sicherung einer verlässlichen Sanierungsqualität bietet sich die Einführung eines eigenen Qualitätssiegels an. Öffentliche Neubauten müssen nach Nullenergiestandards gebaut werden. Alleine die Energieeinsparung sichert mehr Arbeitsplätze in der Region als die wenigen Großkraftwerke.

Berücksichtigt man nur die dringend notwendige energetische Sanierung von Wohngebäuden, würden in der Region bei einer Sanierungsrate von zwei Prozent jährlich etwa 700 neue Dauerarbeitsplätze entstehen. Dagegen verspricht das Großkraftwerk Mannheim mit dem Bau des geplanten Blocks 9 die Sicherung von gerade einmal 500 Arbeitsplätzen.

Energieeffizienz statt Energievergeudung

Die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz kann ihren Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken. Das schaffen wir unter anderem mit einer erheblichen Steigerung der Energieeffizienz: Rhein-Neckar-Pfalz hat alle Voraussetzungen im europäischen Maßstab eine Spitzenrolle einzunehmen. Die guten Erfahrungen mit der Kraft-Wärme-Kopplung zeigen erste Ansätze. Bei Neuanschaffungen hat Energieeffizienz höchste Priorität.

100 Prozent erneuerbare Energien

Spätestens 2030 kann die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz den Energiebedarf der privaten Haushalte und öffentlichen Einrichtungen zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken.

Die Metropolregion birgt ein großes Potenzial an erneuerbaren Energien. Wir sind eine der Regionen Mitteleuropas mit der höchsten Sonnenscheindauer. Und wir haben hier ein hohes Biomassepotenzial in Land- und Forstwirtschaft. Erdwärme, Geothermie, Wind und Wasser ergänzen das nahezu unerschöpfliche Angebot an natürlicher Energie. Derzeit wird weltweit, aber auch in unserer Region, sehr intensiv an einem Technologiesprung in der Fotovoltaik geforscht: Solarenergie wird in wenigen Jahren erheblich billiger und produktiver. Neue Entwicklungen in der Speichertechnologie, bei virtuellen Kraftwerken und bei Kombikraftwerken (Kombinationskraftwerke Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie und Speicherung) führen zur Grundlastfähigkeit und zur Versorgungssicherheit der neuen Energie- und Wärmeversorgung in der Region. Die Metropolregion kann hier ihre ländliche Karte spielen, aber auch geographische und topographische Vorteile nutzen. Sie bekennt sich zur Windenergie als der zurzeit effizientesten Erneuerbaren Energieform und erteilt Verhinderungsplanungen eine deutliche Absage. Dezentrale Nutzung vielfältiger Arten von Biomasse wie in Hofanlagen und Bioenergiedörfern soll gefördert werden. Flächenrelevante Monokulturen die alleine zur Beschickung von Biogaskraftwerken dienen und in Konkurrenz zu den knappen Flächen für die Nahrungsmittelproduktion stehen, werden abgelehnt.

Die Kraftwärmekopplung wird in der Metropolregion auf Grundlage von dezentralen Erzeugungsanlagen vorangetrieben. Bei diesen Anlagen werden sowohl Industrieanlagen (Mercedes, Freudenberg, SCA, Heizkraftwerk) als auch Kommunalanlagen einbezogen.

In der Verbandsversammlung werden wir weiter für eine umweltgerechte und klimaneutrale Regionalplanung kämpfen.

3. Für unsere Kinder die Umwelt bewahren

Wir wollen unseren Kindern eine intakte Umwelt mit sauberer Luft, vielfältiger Landschaft und artenreicher Natur übergeben.

Obwohl überall in der Metropolregion viel Fläche bebaut, aber ungenutzt ist, wird Raubbau an unseren Freiflächen betrieben. Intakte Natur und vernetzte Freiflächen sind aber wichtig für die Naherholung, für die Gesundheit und für den Klimaschutz. Klimaschutz beginnt zu Hause, vor Ort, in unserer Region.

Freiflächen bleiben Freiflächen

Schon heute haben wir 5.000 Hektar ausgewiesene Wohnbaufläche über den prognostizierten Bedarf im Jahr 2020 hinaus. Wir fordern einen sofortigen Stopp beim Flächenverbrauch. Die Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete muss zwingend durch Renaturierung in gleicher Größe ortsnahe ausgeglichen werden. Notwendig ist auch ein regionales Gewerbeflächenmanagement. Es besagt, dass erstens die Nutzung brachliegender Gewerbe- und ehemaliger Militärflächen Vorrang haben muss. Und dass zweitens das Interesse einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung der Gesamtregion Vorrang vor dem Einzelinteresse von Kommunen haben muss.

Mit dem anstehenden Umzug der US-Streitkräfte aus unserer Region nach Wiesbaden werden große Flächen in- und außerhalb unserer Städte frei. Wir wollen, dass unsere Region diese Chance gemeinsam nutzt, um zusätzlichen bezahlbaren und ökologisch hochwertigen Wohnraum sowie Gewerbeflächen zu erschließen ohne weitere Flächen zu verbrauchen.

Zum Schutze der Umwelt gehört auch ein regionales Zentrenkonzept: Wir wollen keine weitere Ausweisung von Naturflächen für Einkaufszentren auf der Wiese, sondern die Stärkung der wohnortnahen Zentren und Einzelhändlerinnen und Einzelhändler.

Wir fordern die Schaffung eines regionalen Landschaftsparks, um die Biotopvernetzung und die Naherholung über die Gemeindegrenzen auszuweiten.

Besseres Klima für die Metropolregion

Naturschneisen zur Be- und Entlüftung der Region haben eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Diese Freiflächen zwischen Pfälzer Wald und Odenwald bringen frische Luft in die Städte und ermöglichen den Abzug der Warmluft. Experten prognostizieren eine erhebliche Zunahme von Hitzetagen in der Metropolregion: Steht dann auch noch die Luft still, wird das vor allem Kinder und ältere Menschen krank machen. Wir fordern die Ausweisung von Klimaschneisen und dort ein striktes Bebauungsverbot.

Gentechnikfreie Metropolregion

Wir fordern eine 100 Prozent gentechnikfreie Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz. Die ökologischen und gesundheitlichen Risiken der Agro-Gentechnik sind längst nicht ausgeleuchtet - der Mensch wird hier zum Versuchsobjekt. Außerdem erhöht die monopolistische Agro-Industrie die Abhängigkeit der Landwirte von Saatgutherstellern: Die langfristige Existenzgrundlage und Unabhängigkeit der Landwirte in der Region sind heute schon bedroht. Die gentechnikfreie Erzeugung von Lebensmitteln muss gesichert und vor Kontaminierung geschützt werden. Die Metropolregion muss auf eine gemeinsame Selbstverpflichtung der Städte und Gemeinden hinwirken, die den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut auf ihrem Pachtland verbietet. Ebenso sollte angeregt werden, bei der Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen auf die Verwendung von Nahrungsmitteln ohne gentechnisch veränderte Organismen zu achten.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Freilandversuche in der gesamten Region und werden den Protest gegen die genmanipulierte Maissorte MON 810 in Ladenburg und Hassloch sowie den Anbau genmanipulierter Kartoffeln im Limburgerhof zu einer regionalen Auseinandersetzung um die gentechnikfreie Landwirtschaft machen. Wir fordern außerdem die Grundstückbesitzerinnen und -besitzer landwirtschaftlicher Flächen, zu denen häufig auch die Kirchen gehören, auf, den jeweiligen Pächterinnen und Pächtern den Anbau von genmanipulierten Pflanzen zu untersagen.

Für die Landwirtschaft in der Metropolregion müssen Konzepte zur Ausrichtung auf eine nachhaltig verträgliche und ökologische Bewirtschaftung entwickelt werden. Ein besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz des Grundwassers liegen.

Wir werden uns für einsetzen, dass bei Stilllegungen oder bei erheblicher Reduzierung landwirtschaftlicher Produktionszweige Umstellungshilfen angeboten werden, zum Beispiel bei Tabak- und Zuckeranbau. Durch Stilllegungsprämien der EU beim Weinbau können unter Umständen gewachsene Kulturlandschaften verändert werden. Auch hier treten wir dafür ein, dass die Verursacherinnen und Verursacher solcher Eingriffe, ob Nationalstaat oder EU, die Umwandlung der betroffenen Flächen für ökologisch verantwortbare Nachnutzung fördert.

Hochwasserschutz mit den Bürgerinnen und Bürgern ökologisch gestalten

Im Zuge der Klimaerwärmung ist von einer zunehmenden Häufigkeit und stärkeren Ausprägung von Hochwasserereignissen auszugehen. Bündnis 90/Die Grünen fühlen sich einem sinnvollen Hochwasserschutz verpflichtet, der den Flüssen und Bächen wieder ausreichend Raum gewährt. Dabei muss sowohl ökologischen Aspekten als auch der Sicherheit aller Anwohner von Flüssen Rechnung getragen werden. Nachhaltiger Hochwasserschutz bedeutet für uns, keine weitere Flächeninanspruchnahme, sowie die Entsiegelung im potentiellen Überschwemmungsraum zu fördern und den Bau von Poldern an geeigneten Standorten zuzulassen. Bei der Auswahl des Standorts und der Ausgestaltung des Polders ist ein möglichst schonender Umgang mit dem vorhandenen Naturraum von zentraler Bedeutung.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen gesteuerte Polder ab, zum Beispiel den geplanten Polder Waldsee/Altrip/Neuhofen, wenn die Sicherheit in Bezug auf die Druckwasserproblematik und eingeschränkte Fluchtwege nicht ausreichend gewährleistet ist. Auch muss mehr Rücksicht auf die schützenswerte Tier- und Pflanzenwelt und insbesondere auf Flora-Fauna-Habitat-Gebiete genommen werden. Alternativ müssen mehr Deiche rückverlegt werden.

4. Verkehr und Regionalentwicklung: gemeinsam sind wir stärker

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung und Identität einer Metropolregion. Sie garantiert eine hohe Mobilität und einen gehobenen Lebensstandard der Menschen, die dort leben und arbeiten, und ist wichtig für den Wirtschaftsstandort. Dafür ist der öffentliche Nah- und Fernverkehr die wesentliche Grundlage: Gut, günstig, schnell und umweltfreundlich sind hier die Schlüsselbegriffe. Staufrei wird die Region nicht durch Straßenbau, sondern durch ein modernes und familienfreundliches Nahverkehrsangebot. Das wirkt sich auch positiv auf die Nachfrage nach Naherholung und regionalen Kulturangeboten aus.

Verkehr

Nicht die Anzahl der ICE-Halte in der Region ist entscheidend, sondern dass die Menschen schnellstmöglich, preiswert und bequem von ihrem Wohnort zu ihrem Ziel reisen können. Wir unterstützen die Aktivitäten der regionalen Gremien, den Hauptbahnhof in Mannheim als zentralen ICE-Knotenpunkt mit optimierter regionaler Anbindung auszubauen sowie die Forderungen des gemeinsamen ICE-Forums über den Trassenverlauf der geplanten ICE-Strecke Frankfurt–Mannheim.

Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) ist eine gute Plattform für die Entwicklung eines umfassenden Nahverkehrskonzeptes. Leitbild dieses Konzeptes sollte die „Metropolregion im Halbstundentakt“ sein. Ein einfaches, verbundübergreifendes Tarifsysteem soll den Personennahverkehr attraktiver machen. Maxx-, Job-, und Senioreninnentickets sowie Semestertickets sollen weiter entwickelt werden und bezahlbar bleiben. Ebenso müssen attraktive Kurz- und Citytickets angeboten werden.

Die Benachteiligungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region wollen wir beenden. Spätestens mit Inbetriebnahme der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar (Nord-Süd) und des „Rheinland-Pfalz-Taktes 2015“ in Rheinland-Pfalz muss auch im Gebiet des VRN in Baden-Württemberg ein Integraler Taktfahrplan eingeführt werden. Im Übergang zum Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) sowie von der Pfalz nach Nordbaden muss noch vieles verbessert werden. Die Lücke zwischen S-Bahn und Fernverkehr muss durch schnelle interregionale Verbindungen geschlossen werden. An den Knotenpunkten von Straße und S-Bahn müssen ausreichend Parkplätze obligatorisch sein. Deshalb fordern wir den Ausbau von Park + Ride.

Ein barrierefreier Zugang an allen Bahnhöfen und in die Fahrzeuge muss gewährleistet werden. Besonders in den Stoßzeiten sind manche Züge und Busse überfüllt. Notwendig sind flexible Systeme, die auch hier einen Mindeststandard an Fahrkomfort erfüllen (Sitzplatzgarantie, Zustand der Fahrzeuge).

Wir wollen die Geld-zurück-Garantie bei den regionalen Verkehrsbetrieben: Bei Verspätungen ab zehn Minuten muss der Fahrpreis erstattet werden. Hierzu gehört auch eine Reinigungs-garantie für Haltestellen und Busse und Bahnen.

Besonders in ländlichen Regionen fordern wir verbesserte Nachtfahr- und Wochenend-angebote. Ländliche Regionen brauchen aber auch neue Mobilitätskonzepte, um den öffentlichen Nahverkehr individueller und bedarfsorientierter zu machen, dazu zählen Ruf- und Anrufsammeltaxen sowie institutionalisierte Mitfahrangebote.

Die Kommunen müssen vor Ort für individuelle Mobilitätsberatung sorgen, die den Bürgerinnen und Bürgern umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Alternativen zum motorisierten Individualverkehr aufzeigt.

Beim Radverkehr hinkt die Region hinterher. Mit einem Radverkehrskonzept für die gesamte Region soll der Radverkehr gefördert werden und das Fahrrad wieder als gleichberechtigtes, alltägliches Verkehrsmittel in das Bewusstsein der Menschen gebracht werden. Dazu gehören insbesondere: die enge Verknüpfung mit dem öffentlichen Nahverkehr, ausreichend überdachte Stellplätze an ÖPNV-Knotenpunkten und eine einfache und kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern im gesamten ÖPNV-Netz.

Die Region braucht einen Anschluss an den internationalen Flugverkehr. Dafür, auch für Geschäftsflüge, reicht der Flughafen Frankfurt aus, an den die Region hervorragend angebunden ist. Der Flughafen Mannheim muss geschlossen werden. Der Ausbau des Flugplatzes Speyer ist überflüssig.

Den Ausbau von öffentlich-privaten-Partnerschaften (Public-Private-Partnership) durch die Konzessionsvergabe an private Unternehmen oder Konsortien für Teilstücke der Autobahnen lehnen wir ab.

Den Neubau einer Rheinquerung bei Altrip lehnen wir ab.

Kultur

Kirchtürme und Leuchttürme bestimmen die Kulturpolitik in der Metropolregion, will heißen: Die Kulturpolitik der Kommunen läuft eifersüchtelnd nebeneinander, greift nicht ineinander und vernetzt kaum, pflegt also die Kirchtürme. Die Kulturpolitik der Metropolregion zielt fast ausschließlich auf die großen Leuchttürme, die oft bereits mit Millionen aus den kommunalen Haushalten gefördert werden. Sie schreibt also eher Bestehendes fest als Neues zu kreieren oder bestehende Prioritäten zu hinterfragen. Obwohl die Projektgruppe „Festivalregion RN“ eine

Evaluation der großen Festivals durchführte, entwickelte die Metropolregion keine Leitlinie, eben keine „Kulturvision 2015“, in welche Richtung weitere Entwicklungen zielen sollten.

Dem stehen auch die kommunalen Kirchtürme entgegen. Denn neue Schwerpunkte zu vereinbaren geht nur schwer, wenn jede Kommune in erster Linie die eigenen Projekte schützt. Kultur über Gemeinde- und Stadtgrenzen hinweg ist derzeit daher im Wesentlichen eine Veranstaltung der großen Sponsoren: Wer Glück hat, passt zum Leitbild des Unternehmens. Wir wollen aber eine Kulturpolitik in der Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz, die über gemeinsame Werbeplattformen hinausreicht.

Die Weiterentwicklung zu mehr Urbanität und die Ausfüllung der Bezeichnung „Metropol“-Region erfordert beides: die großen Festivals und die wichtigen kommunalen Einrichtungen mit bundesweiter Ausstrahlung müssen gezielt gestärkt werden. Gleichzeitig muss die freie Kulturszene, als Unterbau jeglicher Entwicklung jenseits des Mainstreams, besser vernetzt und durch einen gemeinsamen Fonds für die Förderung freier Kunst und Kultur gefördert werden. Dies geht nur mit einem regionalen Kulturleitplan, welchen der Verband gemeinsam mit den Kommunen und den entsprechenden Gremien des ZMRN-Vereins entwickeln sollte.

Kultur in der Region soll im Kontext mit anderen Aufgabenfeldern stehen. So muss die Metropolregion den Landschafts- und Denkmalschutz als kulturelle Aufgabe betrachten. Schutz und Pflege von typischen Formen der über Jahrtausende gewachsenen Kulturlandschaft in der Region gerade auch unter kulturellen Gesichtspunkten können unserer Region zu einer besonderen Ausstrahlung verhelfen.

Tourismus

Einzelne Städte und Welterbestätten mit herausragender, sogar internationaler Ausstrahlung, dazu mehrere Landschaften mit hohem touristischem Reiz und Bekanntheitswert: Das macht eine gemeinsame Tourismuspolitik in der Metropolregion schwierig. Und doch ist das Potenzial nicht ausgeschöpft. Vor allem im Natur- und Wandertourismus liegt eine Chance: Warum sollen Odenwald und Pfälzer Wald keine gemeinsamen Angebote entwickeln, darin eingebettet Städte- und Kulturtourismus mit historischer Dimension. Mehr Kreativität und mehr Zusammenarbeit sind gefragt, insbesondere auch bei einem ökologisch verträglichen Tourismus. In einem Zusammenschluss der mehr als 70 Tourismusorganisationen mit Angeboten aus Sport, Kunst, Kultur, Geschichte, Natur und lokalen Besonderheiten kann der umweltgerechte und zeitgemäße Tourismus für die Metropolregion ein Wirtschaftsfaktor für die ganze Region werden.

Ein Schritt in diese Richtung ist die Schaffung eines „Römischen Kulturbandes“, das von der Pfalz über Ladenburg bis an den Limes im Odenwald reicht.

Wirtschaft und Arbeit

In der Region dominiert heute immer noch die antiquierte Vorstellung, dass Klima- und Umweltschutz Arbeitsplätze und Wohlstand gefährden. Deshalb werden die Chancen der Energiewende oder die Chancen nicht genutzt, die umweltverträgliche Produkte und Dienstleistungen gerade auch für kleinere Unternehmen als neue Wachstumsfelder bieten. Kaufkraft fließt für fossile Energien aus der Region ab, statt dem örtlichen Handwerk und Dienstleisterinnen und Dienstleistern zugute zu kommen. In Standortfragen spielen die Kommunen sich immer noch gegenseitig aus, und die Region versteht es nicht, in Konflikten vermittelnd einzugreifen. Wir halten diese Art von Wettbewerb für schädlich. Wir brauchen einen Wettbewerb zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger in der Region. Nur eine ökologisch modernisierte Metropolregion ist für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet.

Wir fordern deshalb eine regionale Nachhaltigkeitsstrategie, die bei Energie- und Ressourcenverbrauch feste Ziele vorgibt und eine regionale Kreislaufwirtschaft etabliert. Unsere Flächenpolitik stärkt die Innenstädte und den wohnortnahen Einzelhandel. Wir wollen gerade die

kleinen und mittleren Unternehmen in der Region darin unterstützen, durch Material-
einsparungen Kosten zu senken und so Wettbewerbsvorteile zu erringen.

Die Kommunen in der Region müssen auch bei den Ladenöffnungszeiten vermehrt koope-
rieren. Dem Wettbewerb um immer mehr verkaufsoffene Sonntage halten wir entgegen:
Ein verkaufsoffener Sonntag pro Jahr reicht aus. Wir sind der Überzeugung, dass Sonntage
Ruhetage sind und bleiben sollen. Ihre Bedeutung für familiären und gesellschaftlichen
Zusammenhalt kann nicht überschätzt werden. Vom verkaufsoffenen Sonntag profitieren auch
nur die großen Unternehmen, denn kleine Familienbetriebe und Händler können sich den
Personal- und Energieaufwand nicht leisten.

Die Politik nimmt in der Metropolregion zu häufig vor allem die großen Industrieunternehmen
wahr. Wir werden darauf achten, dass die Dienstleistungswirtschaft, beispielsweise auch die
Kulturwirtschaft, gleichberechtigt berücksichtigt wird. Unser besonderer Fokus liegt darauf, dass
die Region für kleine und mittlere Unternehmen Nutzen stiftet. Nur eine vielfältige Wirtschafts-
struktur ist innovationsstark. Insbesondere selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer
tragen zur wirtschaftlichen Vielfalt in der Region bei. Sie übernehmen Verantwortung für sich
und ihre Beschäftigten. Verantwortung heißt, Freiraum für eigene Entscheidungen zu haben
und damit für Mut, Kreativität und Phantasie. Diese Unternehmerinnen und Unternehmer sind
vitaler Bestandteil der Wirtschaft in der Metropolregion. Wir unterstützen den Weg in die
Selbstständigkeit und wollen mehr Gründerinnen und Gründer kleiner und mittlerer Unter-
nehmen, die den Wettbewerb beleben und Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Die
wirtschaftlichen Chancen der Migration müssen viel stärker genutzt werden – zum Beispiel
durch gezielte Unterstützung von Migranten-Unternehmerinnen und Migranten-Unternehmer.

Zur Stärkung der Innovationskraft soll der Verband gemeinsam mit der Wirtschaft einen
regionalen Beteiligungsfonds initiieren, der sich mit Eigenkapital an innovativen Unternehmen
in der Gründungs- oder Erweiterungsphase beteiligt, sowie ein regionales Business Angel
Netzwerk, das potentielle Investoren mit guten Unternehmensideen zusammenbringt.

Die Region bietet zudem die Chance, die Angebote für Unternehmensgründerinnen und
-gründer so zu gestalten und zwischen den Kommunen abzustimmen, dass sie sich nicht mehr
am klassischen Unternehmerbild orientieren, sondern Frauen, ältere Gründerinnen und
Gründer, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus
selbständig machen wollen, in der Region spezifische Angebote finden.

Die ökologische Modernisierung muss flankiert werden von einer Neuausrichtung der öffentlich-
rechtlichen Sparkassen: Kredite und Investitionen müssen sich neben wirtschaftlichen Gesichts-
punkten auch an sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien orientieren.

Wir brauchen finanzielle Fairness innerhalb der Region. Ein erster Schritt: Beteiligen sich
Kommunen an zentralen Einrichtungen anderer Kommunen, so kommen deren Bürgerinnen
und Bürger in den Genuss vergünstigter Eintrittspreise. Wir fordern eine gemeinsame Finan-
zierung der von allen Bürgerinnen und Bürgern genutzten Infrastruktureinrichtungen. Ebenso
fordern wir einen Mindeststeuersatz bei der Gewerbesteuer in den stark integrierten Teilräumen
der Region, in denen die Infrastrukturleistungen der Nachbargemeinden in der Regel mitgenutzt
werden.

Ein regionaler Wirtschaftsraum erfordert eine regionale Arbeitsmarktpolitik – und zwar eine
präventive Arbeitsmarktpolitik: Die Arbeitsagenturen müssen eng zusammenarbeiten, um den
jeweiligen Arbeitskräftebedarf zu ermitteln und Arbeitssuchende regional zu vermitteln und
nachfrageorientiert zu qualifizieren.

Der demografische Wandel stellt unsere Region vor große Anforderungen – und bietet
einmalige Chancen. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen wir eine gemeinsame Strategie
in der Region. So müssen der Neubau und die Sanierung von Infrastruktureinrichtungen am

zukünftigen Bedarf der gesamten Region ausgerichtet werden, um teure Dopplungen zu vermeiden.

5. Soziales – Wissenschaft – Bildung stärken

Für eine soziale Region

Ziel grüner Sozialpolitik in der Metropolregion ist die gleichberechtigte und eigenständige Teilhabe aller Menschen am kommunalen und regionalen Leben. Wir wollen die Ausgrenzung von Menschen verhindern, die mit Behinderung, in Armut oder in der Gefahr der sozialen Randständigkeit leben. Hilfesysteme wollen wir konsequent an der Würde und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen ausrichten. Doch können wir mit den Kompetenzen auf kommunaler und regionaler Ebene nur begrenzt die Schwächen der Bundessozialgesetzgebung ausgleichen. Aber durch eine sinnvolle Kooperation und Zusammenarbeit der Kommunen könnte Hilfe und Unterstützung jene gezielt erreichen, die diese benötigen. Die Finanzierung der Kosten dieser Angebote soll wie bei den Frauenhäusern nach Herkunftsort der Hilfesuchenden gestaltet werden. Die verschiedenen Einrichtungen sollen möglichst gleichmäßig in der Metropolregion verteilt sein, um eine Konzentration von Menschen in speziellen Problemlagen in bestimmten Städten oder Stadtteilen und eine damit einhergehende Stigmatisierung zu verhindern.

Um gezielt helfen und unterstützen zu können, bedarf es einer guten Informationsgrundlage. Die Metropolregion benötigt daher einen regionalen Armutsbericht.

Wir streben die Angleichung der Erstattungssätze für Mietkosten bei Hartz IV-Empfängern an, um die erzwungenen Wanderungsbewegungen zwischen den Kommunen zu stoppen. Dabei wollen wir keine Angleichung nach unten, sondern eine Ausrichtung der Erstattungssätze an den Bedürfnissen der Betroffenen.

Wir fordern kostenloses Mittagessen in allen (Ganztags-)Schulen und Kindertagesstätten der Region. Ein erster Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel sind Mittagessen für einen Euro pro Kind. Die Ausgewogenheit der Ernährung und die gemeinsame Mahlzeit sehen wir als eigenständiges Lehrziel an.

Damit auch Hartz IV- und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie Geringverdienerinnen und Geringverdiener in der Region mobil sein können, wollen wir für diesen Personenkreis ein ÖPNV-Sozialticket einführen, das in der gesamten Metropolregion gültig ist. Wir unterstützen deshalb die Initiative Metropolticket Plus.

Auch Flüchtlinge und Asylbewerber sollen sich in das Leben der Metropolregion integrieren können. Wir fordern daher die Aufhebung der ortsgebundenen Residenzpflicht und wollen baldmöglichst die Aufenthaltsmöglichkeiten auf das gesamte Gebiet der Metropolregion ausdehnen.

Damit auch weiterhin alle Bürgerinnen und Bürger einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Gütern auf hohem Niveau haben, setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Stärkung der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge ein.

Kommunen in der Metropolregion erhalten mehr als 100 Millionen Euro europäische Gelder für wirtschaftliche, soziale, arbeitsmarktpolitische, ökologische oder andere Projekte. Wir wollen, dass die Beantragung und Ausgabe dieser Gelder transparent gestaltet wird und setzen uns dafür ein, dass diese in Zukunft unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geschieht.

Bildung und Wissenschaft zum Markenzeichen machen

Wir fordern eine umfassende und verlässliche Sprachförderung für Kinder. Alle Kinder mit sprachlichen Defiziten brauchen im Kindergarten und in der Schule ein umfassendes individuelles Förderangebot. Denn es reicht nicht aus, mit aufwändigen Testverfahren den Nachholbedarf der Kinder zu diagnostizieren und sie dann damit alleine zu lassen.

Leistung und Chancengerechtigkeit, pädagogische Eigenverantwortlichkeit und Qualitätsentwicklung und -sicherung, individuelle Förderung und Integration sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes sind in der Schule der Zukunft nicht nur gleichermaßen wichtig, sondern bedingen sich wechselseitig. Wer Spitzenleistungen will, muss alle Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Möglichkeiten fördern und nicht nach Klassenideologien immer wieder zu selektieren.

Alle Schulen der Metropolregion sollen ein klares Profil herausarbeiten und fortentwickeln, welches das jeweilige pädagogische Konzept transparent werden lässt und die jeweiligen Bemühungen um die Partizipation von Schülerinnen und Schüler und Eltern herausstellt.

In unserer Region darf kein Schüler und keine Schülerin ohne Berufsausbildung bleiben. Derzeit verlassen acht Prozent unserer Jugendlichen in die Hauptschule ohne Abschluss, darunter sind besonders viele junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ganze zehn Prozent der Hauptschülerinnen und Hauptschüler können direkt in eine duale Ausbildung starten. Wir wollen dass Schulen, Schulträger, Wirtschaft und Arbeitagenturen in der Region enger zusammenarbeiten, damit der Übergang in eine Ausbildung besser gelingt. Dazu gehört, dass der zweite Bildungsweg geschützt und ausgeweitet wird.

Wir wollen, dass die Region sich durch beste Bildungschancen auszeichnet und dies zu ihrem Markenzeichen macht. Deshalb wollen wir regionale Bildungsplanung fördern und schlagen einen regelmäßigen Bildungsgipfel vor, bei dem sich alle an Bildung Beteiligten über Ziele und Maßnahmen verständigen, um bessere Bildung sicherzustellen. Auch wenn die Region keine Zuständigkeit im engeren Sinne hat, kann man auf Ebene der Metropolregion voneinander lernen und sich verabreden. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass ein Schulwechsel innerhalb der Metropolregion mit einer signifikanten Verschlechterung der Rahmenbedingungen von Bildung, etwa durch fehlende Lernmittelfreiheit, verbunden ist.

Die Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz ist mit ihrem dichten Netz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen hervorragend aufgestellt. Dies belegen auch die Erfolge der letzten Jahre bei den bundesweiten Exzellenz- und Clusterwettbewerben. Viele hochqualifizierte Arbeitsplätze gehen daraus hervor. Wir wollen diese Stärke ausbauen und dafür sorgen, dass alle Menschen davon profitieren. Das setzt voraus, dass mehr getan wird für bessere Bildung. Denn davon hängt vor allem anderen ab, ob die Menschen ihre Chancen auf Teilhabe verwirklichen können.

Die Region braucht mehr Studienplätze, um dem wachsenden Bedarf an Hochqualifizierten zu entsprechen. Jedes Jahr beenden mehr junge Menschen die Schule mit dem Zugangsrecht auf ein Studium. Aber es fehlt an ausreichend Studienplätzen, so dass viele gegen ihren Willen von einem Studium abgehalten werden. Es muss deshalb Schluss gemacht werden mit dem Abbau von Studienanfängerplätzen an den Hochschulen unserer Region. Stattdessen brauchen wir in den nächsten fünf Jahren mindestens 2000 zusätzliche Plätze für Studienanfänger und Studienanfängerinnen an den verschiedenen Hochschularten. Nur so können wir dem drohenden Fachkräftemangel begegnen und junge Menschen frühzeitig an die Wissenschaftsregion Rhein-Neckar-Pfalz binden.